



Auf ein Wort

In New York fing an, was inzwischen als Anti-Wallstreet-Bewegung bekannt ist. In Europa gehen die Menschen auf die Straße, um Wut und Widerstand gegen die Finanzmafia, die sich auf Kosten von Beschäftigten, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern bereichert auszudrücken. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht länger ohnmächtig zusehen, wie die Finanzmärkte Demokratie und Sozialstaat weiter ruinieren. DIE LINKE solidarisiert sich mit den weltweiten Protesten und verurteilt alle Versuche diese Bewegung gegen Bankenmacht und Zockermentalität zu kriminalisieren. Wir haben am 29. September als einzige Fraktion den erweiterten Rettungsschirm abgelehnt und am 26. Oktober auch gegen eine EFSF-Hebelung gestimmt. Statt weiterer Rettungsschirme für Banken und Spekulanten brauchen wir einen Schutzschirm für Löhne, Renten und Sozialleistungen – die Menschen haben es satt, dass für Banken Milliarden da sind und für sie nichts!

Euer

SCHWERPUNKT Ein Meilenstein in unserer Geschichte!

Auf dem Bundesparteitag in Erfurt spricht Klaus Ernst unmittelbar vor der Schlussabstimmung zum Programm zu den Delegierten. Hier sind Auszüge aus seiner Rede dokumentiert.

„(...) Wahlerfolge sind vergänglich, auch Mandate sind vergänglich. Was aber nicht vergänglich ist, das sind unsere Überzeugungen, unsere Hoffnungen und unsere Ziele. Die legen wir heute mit diesem Programm fest, liebe Genossinnen und Genossen. (...) Mit unserem Programm sind wir die einzige Partei, die eine echte schlüssige Antwort auf die Weltwirtschaftskrise im Interesse der Bürgerinnen und Bürger präsentiert. Wir haben nicht weniger als eine programmatische Alternative zur Diktatur der Finanzmärkte zu Papier gebracht, über die wir heute abstimmen. (...)“

Woher kommen wir? Ich formuliere es einfach, aber es steckt viel dahinter: DIE LINKE steht in der Tradition der Arbeiterbewegung! Dieser Satz ist für uns Verpflichtung. Wir verstehen uns als Erben derjenigen, die vor 150 Jahren aufgebrochen sind, um der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Kapitalismus ein Ende zu setzen. (...) Durch unsere ganz besondere Geschichte sind wir zu Pluralität und Einigkeit verurteilt. Jeder ist wichtig – das müssen wir begreifen. Ich weiß, dass wir uns manchmal



mit dem einen oder anderen Diskussionsbeitrag nerven. Trotzdem müssen wir begreifen: Jeder ist wichtig. Jeder, der mitmacht, macht uns mächtiger. (...)“

Wir sind die Partei der guten Arbeit, des gesetzlichen Mindestlohns. Wir wollen ein Verbot der Leiharbeit und sichere Jobs. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir fordern lebensstandardsichere Renten und eine solidarische Mindestrente. Wir sagen: Niemand in dieser Gesellschaft soll im Alter mit weniger als 900 Euro leben müssen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind auch die Partei der Steuergerechtigkeit. Wir wollen eine höhere Vermögenssteuer, wir wollen einen Spitzensteuersatz. Wir sind auch die Partei der demokratischen Erneuerung. Deshalb setzen wir auf Volksentscheide und sagen ganz deutlich mit unseren Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie: An den

Werkstoren darf der „demokratische Sektor“ dieser Republik nicht enden. (...) Wir sind die Partei des Friedens. Wir haben formuliert, wir wollen keine Kriegseinsätze im Ausland. Wir wollen unsere Soldatinnen und Soldaten zurückholen. (...)“

Ich zitiere Willi Bleicher: „Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken!“ Wir wollen mit unserem Programm den Menschen Mut machen, sich einzumischen, um gemeinsam mit uns die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. (...)“ ◀

Alle Reden, Fotos und Infos zum Parteitag unter www.klaus-ernst-mdb.de

DAS
NEUE PROGRAMM
DER LINKEN

SOZIAL. FRIEDLICH. DEMOKRATISCH

DIE LINKE beschließt ein neues Parteiprogramm

Befristung raubt den Menschen die Zukunft

Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse bei Neueinstellungen ist auf 47 Prozent gestiegen. Vor allem junge Menschen bekommen zunehmend befristete Arbeitsverträge. Eine gesicherte Lebensplanung wird so erschwert. Dies machte Klaus Ernst bei seiner Rede im Bundestag deutlich. Die Linksfraktion fordert daher die Abschaffung der sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse und eine langfristige Perspektive für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Arbeitsstress macht krank

Immer mehr Beschäftigte gehen wegen psychischer Erkrankungen vorzeitig in Rente. Im vergangenen Jahr mussten 71.000 Betroffene vor dem 65. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben ausscheiden, weil sie unter Depressionen oder Angstzuständen litten. Allein 40 Prozent der 180.000 Erwerbsunfähigkeitsrenten gingen auf das Konto von psychischen Erkrankungen. Auch die IG Metall hat bei einer Betriebsrätebefragung ermittelt, dass psychische Erkrankungen in den Unternehmen deutlich zunehmen. Die Ursachen liegen im zunehmendem Arbeitsdruck sowie Existenzängsten wegen unsicherer Arbeitsverhältnisse. Hier muss DIE LINKE ansetzen: unsichere Arbeitsverhältnisse müssen zurückgedrängt sowie die Schutzlücke bei psychischen Erkrankungen im Arbeitsschutz geschlossen werden.

520 Delegierte, 28 Stunden, etwa 1.400 Änderungsanträge, mehr als 300 Redebeiträge und etwa 600 Seiten Papier für jede und jeden - am Ende hat der Bundesparteitag der LINKEN in Erfurt ein neues Parteiprogramm beschlossen. Mit 503 Ja-Stimmen, vier Gegenstimmen und zwölf Enthaltungen beschlossen die Delegierten das Ergebnis eines drei Jahre dauernden Diskussionsprozesses. Das letzte Wort hat die Basis: in einem Mitgliederentscheid stimmen die Parteimitglieder bis Mitte Dezember über das Programm ab. Wir dokumentieren Auszüge aus dem neuen Parteiprogramm.

Demokratie: „DIE LINKE kämpft für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gegen die Erpressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unternehmen an Parteien, (...) für mehr direkte Demokratie unter anderem in Form von Volksabstimmungen, (...) für politische Streiks (...). Der Kapitalismus zer-

stört Demokratie durch Wirtschaftsmacht. Deshalb sagen wir: Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung.“

Wirtschaft: „Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. (...) DIE LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt (...). Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen.“

Sozialökologischer Umbau: „Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer

Medaille. Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.“

Frieden: „DIE LINKE kämpft für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Verbot von Rüstungsexporten (...). Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden (...). DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten (...).“

Europa: „Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettbewerb und deren militärische Absicherung setzt, diskreditiert die europäische Idee. (...) DIE LINKE kämpft für einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion (...).“

Gute Arbeit: „DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. (...) Deshalb fordern



Klaus Ernst
aktuell



wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe. (...) Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich verkürzen. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.“

Soziale Gerechtigkeit:

„Die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit muss für jeden Menschen unabhängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. (...) Um Altersarmut zu bekämpfen wollen wir eine armutsfeste, solidarische Mindestrente (...) Die medizinische Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche sein –

Ungleichbehandlung von Patienten lehnen wir ab.“

Geschlechtergerechtigkeit:

„Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das Leben von Frauen und Männern (...) DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und Frauen miteinander vereinbar werden.“

Medien:

„Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. (...) Das Internet ist für DIE LINKE ein

öffentliches Gut, die Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muss demokratisiert werden. Demokratische Medien erfordern demokratische Redaktionsstatuten, die Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie die Anwendung des Kartellrechts auf den Mediensektor.“

Antifaschismus:

„Für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und nationalen Dünkel. (...) Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und -initiativen (...)“

LINKE unterstützt Proteste gegen Finanzmärkte

Weltweit finden Proteste gegen die Diktatur der Finanzmärkte und für echte Demokratie statt. Diese Proteste sind dringend geboten. Was wir beobachten, ist, dass immer neue Rettungsschirme für Banken und Spekulanten aufgespannt werden, angeblich um verschuldeten Ländern zu helfen. In Wirklichkeit werden aber die Verursacher der Finanzkrise, die Spekulanten, Großbanken und Finanzfonds gerettet. Zahlen sollen dafür die Beschäftigten, die Erwerbslosen sowie Rentnerinnen und Rentner. Nicht zuletzt verschärft das Krisenmanagement der europäischen Regierungen die Probleme statt die Ursachen der Euro-Krise zu bekämpfen. Demokratie und Sozialstaat bleiben dabei auf der Strecke. DIE LINKE lehnt diese Politik ab und beteiligt sich an den Protesten.

265 Milliarden Euro mehr Schulden

Durch die Rettung der Pleitebanken hat die Bundesregierung einen zusätzlichen Schuldenberg von 265 Milliarden Euro aufgetürmt. Das musste Staatssekretär Koschyk in seiner Antwort auf eine schriftliche Frage von Klaus Ernst eingestehen. Zwar ist gleichzeitig das Finanzvermögen des Bundes gestiegen – allerdings in Form von Schrottpapieren, die in den Abwicklungsanstalten für die Hypo Real Estate und die WestLB schlummern. „Wir sitzen immer noch auf einem riesigen Schuldenberg von den Bankenrettungspaketen der Finanzkrise. Niemand weiß, wie viele Milliarden am Ende endgültig beim Steuerzahler hängen bleiben. Jetzt kommen neue unkalkulierbare Belastungen auf uns zu“, warnt Klaus Ernst.





Klaus Ernst vor Ort:

5. November:
Sömmerda, ab 9.00 Uhr

Genug gekürzt!

Kommunen demokratisch und sozial gestalten
3. Landesparteitag, 1. Tagung,
5.-6. November 2011, Volkshaus Sömmerda

Klaus Ernst nimmt am Landesparteitag der LINKEN Thüringen am 5./6. November im Volkshaus Sömmerda teil und spricht am 5. November gegen 13.30 Uhr zu den Delegierten.

10. November:
Donauwörth, 17 Uhr

Veranstaltung des LINKEN Kreisverbandes Donauries-Dillingen zur Finanz- und Euro-Krise ab 19.30 Uhr im Gasthaus Deutschmann in Donauwörth. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich zu der Veranstaltung eingeladen.

11. November: Berlin

Am 11. November kommt Klaus Ernst zu einem Gespräch mit einer Besuchergruppe aus Bayern im Deutschen Bundestag zusammen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben auch im nächsten Jahr die Gelegenheit, an einer Besucherfahrt von Klaus Ernst nach Berlin teilzunehmen. Bei Interesse bitten wir Kontakt mit den Büros von Klaus Ernst in Passau und Schweinfurt aufzunehmen.

17./18. November:
Frankfurt/Main, 18 Uhr

Am 17./18. November veranstaltet die LINKE eine große Eurokrisenkonferenz in Deutschlands Finanzmetropole Frankfurt am Main. Klaus Ernst nimmt am 18. November um 13.30 Uhr an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Empört Euch! Perspektiven des Widerstands“ teil.

19./20. November:
Berlin, ab 11 Uhr

Als Parteivorsitzender leitet Klaus Ernst unter anderem den Parteivorstand.

25. November: Berlin

Grußwort von Klaus Ernst auf der berufsbildungspolitischen Fachtagung des Arbeitskreises Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien der Fraktion DIE LINKE am 25. November 2011 im Deutschen Bundestag.

30. November:
Berlin, 17.30 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Klaus Ernst zum Thema „Altersarmut und Rentenpolitik in Deutschland“ Die Veranstaltung findet in der Urania (An der Urania 17, 10787 Berlin) statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

Erfurter Parteitag:

➤ **Video** der Rede von Klaus Ernst auf dem Erfurter Parteitag und ➤ **Bildergalerie**

➤ **Rede und Video:** In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag spricht Klaus Ernst über die **weiter zunehmende Befristung von Arbeitsverhältnissen**. Der Anteil befristeter Arbeitsverträge bei den Neueinstellungen ist zwischen 2001 und 2009 von 32 Prozent auf 47 Prozent gestiegen.

In einem gemeinsamen ➤ **Brief an Bundeskanzlerin Merkel**, verlangen Klaus Ernst, Gesine Löttsch und Gregor Gysi von der Kanzlerin eine Garantie für Löhne, Renten und Sozialleistungen abzugeben.

Im ➤ **Interview mit dem Berliner Tagesspiegel** äußert sich Klaus Ernst zur Euro-Krise, begrüßt die weltweiten Proteste gegen die einseitige Politik zugunsten von Banken, spricht über sein Amt als Parteivorsitzender und das neue Programm der Partei.

➤ **Neue Bildergalerie:** DIE LINKE unterstützte die Demonstranten beim Aktionstag zur Bankenkrise am 15. Oktober. Dies machte der Parteivorstand durch seine Teilnahme an den Protesten deutlich.

Im Interview mit der Bundestagfraktion spricht Klaus Ernst über das Thema Mindestlohn und macht deutlich, ➤ **warum zehn Euro die Stunde als Mindestlohn unerlässlich sind**.

➤ **Erklärung:** Zehn Jahre deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan. „Dieser Krieg muss sofort beendet werden! Das ist die einzig logische und humane Schlussfolgerung aus zehn Jahren Krieg in Afghanistan.“

Aktuelles gibt es bei:

YouTube

facebook

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de

Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de

Passau: 0851 - 22 85 059, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de

Parteibüro Berlin: 030 - 24 00 95 30, Klaus.Ernst@die-linke.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst
aktuell

erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.